

Dresdner Volkszeitung

Verleger: Dresden, Aden & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Redaktion: Dresden, Aden & Comp., Nr. 1268.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden-Altkönig.

Abonnement: einschließlich Zustellung monatlich 7,00 M., durch die Post bezogen halbjährlich 31,00 M., unter Abrechnung für Deutschland monatlich 10,00 M., Einzelnummer 40 Pf.

Telegraphische Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Zeitungsplatz 10, Tel. 25201.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Verkaufsstelle: Zeitungsplatz 10, Tel. 25201.
Druckzeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachts.

Anzeigenpreis: die halbe Seite 2,00 M., Familienanzeigen 1,00 M., die halbe Seite 1,00 M. Bei mehrmaliger Ausgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Eine Verrechnung zur Abnahme an vorgeschriebenen Tagen. Bei Fernüberlegung 40 Pf.

Nr. 24

Dresden, Dienstag den 18. Oktober 1921

32. Jahrg.

Die Lehre von Berlin

845 773 Bürgerliche gegen 826 740 Sozialisten

Berlin, 17. Oktober. Nach den vorläufigen Berechnungen der hiesigen Wahlkommission sind bei den letzten Reichstagswahlen in Berlin insgesamt 1 672 513 Stimmen abgegeben worden. Davon sind auf die bürgerlichen Parteien 845 773 und auf die sozialistischen Parteien 826 740 Stimmen entfallen. Danach werden die bürgerlichen Parteien mit einer klaren Mehrheit, nämlich infolge der Vernetzung auch mit der gleichen Stärke wie die sozialistischen Parteien, in das Reichsparlament einziehen. Jetzt ist die genaue Stärke der Parteien angegeben zu werden, was verfrüht, da erst nach die Stimmen des Reichswahlkreises abgemeldet werden müssen. Die Wahlkreise sind 7133. Im einzelnen verfallen auf die U. V. D. 411 085, U. V. P. 323 085, Kommunisten 129 070, sowie auf die Deutschnationale Volkspartei 288 988, Deutsche Volkspartei 251 728, Deutschdemokraten 122 917, Zentrum 114 431, Sozialistische Partei 81 370, Sozialistische Partei 118 30, Deutschnationale Arbeiterpartei 5078, Ordnungsbund 9676 und freie Vereinigung 9163 Stimmen.

Die Entscheidung in Berlin bedeutet eine klare Niederlage der sozialistischen Arbeiterkraft. Über diese Niederlage kann auch die Tatsache nicht fortzuführen, daß die Wahlberechtigung in Berlin gering war im Verhältnis zu den übrigen Provinzen, worunter die Arbeiterkraft besonders am meisten zu leiden hat. Sehr richtig schreibt der Vorwärts:

Was heißt beim großen Niedersturz von 1907 umfassen, das ist am 19. Oktober 1921 gelungen. Die bürgerlichen Parteien sind dermaßen im vollen Berlin.

Die politische Arbeiterbewegung in Groß-Berlin hat eine schwere Niederlage erlitten. Das muß aber um so deutlicher ausgesprochen werden, als diejenigen Parteien, die am meisten Rückschlag erlitten, die geringste Abnahme zeigen. Ihren Anhängern die Wahrheit zu sagen.

Am meisten haben die Unabhängigen seit der letzten Reichstagswahl verloren, nämlich rund 400 000 Stimmen. Dann haben die Kommunisten etwa die Hälfte und mit 100 000 Stimmen gemessen, so daß für die Arbeiterkraft ein Verlust von rund 100 000 Stimmen zu verzeichnen ist.

Es ist notwendig, sich darüber klar zu werden, wer die Schuld an dieser Niederlage trägt. Es ist klar, daß die alte sozialistische Demokratie eine totale Niederlage nicht erlitten hätte. Aber auch die einzelnen Parteien tragen ihr Teil Schuld. So schreibt die Z. A.:

Meiner den Schuldigen am Triumph der bürgerlichen Parteien sind in erster Reihe die Kommunisten als Partei und das Halbverstecken anderer kommunistischer Gruppen zu nennen. Auch am Wahltag selbst hat die U. V. D. eine wichtige Programm für Wahlberechtigte entworfen. Wenn die Deutschnationalen die Leute bezahlt hätten, hätten diese ihnen einen besseren Dienst unumgänglich leisten können. Die Kommunisten im engeren Sinne haben die Berliner Arbeiterpartei in der Wahlkampfzeit dauernd zur Anpöbelung beizubringen. In trauerlicher Gemeinschaft mit dem deutschnationalen Parteivorstand und einigen anderen Madon und Schwagerbrüdern der Rechten haben sie fortwährend geschrien und um sich geschlagen und oft, sehr oft die Verhandlungen überhand nehmen gemacht. Von den Trübsinnigen haben kommunistische Delegierten mit dem Gemeindevorstand beauftragt und beauftragt. Das ist man nicht mehr, um den breiten Massen des Parteipublikums zu betonen, daß die Arbeiterbewegung der Todfeind jeder Kultur die rote Welt ist das Ende jeder Ordnung ist. Unmöglich übertriebene Demagogie der Kommunisten hat man die Arbeiterpartei vereitelt. Die Antwort darauf liegt in der Tatsache, daß die neugegründete Partei der Unabhängigen in Brandenburg, dem ausserordentlichen Arbeiterpartei, bereits 200 000 Stimmen bekommen hat wie die Kommunisten.

Die Unabhängigen haben ihre ganze Arbeit in Berlin und Umgebung zum Scheitern gebracht. Sie haben die Arbeiterpartei um Groß-Berlin, Reichstagsparlament waren gerade auf den Augenblick gestellt, so die U. V. P. den Sieg über die Arbeiterpartei erreicht hätte. So wurden die Arbeiterpartei in Berlin geradezu mahngedend, und der Verlust der sozialistischen Mehrheit ist die Ursache für das Scheitern der U. V. P. Sie hat alle Welt enttäuscht weil bei ihr am 19. Oktober U. V. P. am Ende nur das Wort ist und der Ruf zur Tat immer noch. Wenn die U. V. P. allein nahezu die Hälfte der Wahlberechtigten hätte erreicht und dabei gegen den höchsten Etat nimmt, wie unendlich und dabei gegen den höchsten Etat nimmt, wie unendlich natürlich die Führer. Die U. V. P. müßte sich endlich einmal klar werden, ob sie sich oder Arbeit wird oder Ruhe ist. In der Wahlkampfzeit der Arbeiterpartei, bereits das hohe Lied des demokratischen Prinzips getrieben, nicht nur der Mensch, dem Schicksal in seine eigene Hand gegeben. Keine es! Ruhe den Wählern! Aber heute dem Unabhängigen, der offen erklärt, daß die Arbeiterpartei eine autoritative Eintagsfliege war, und daß es endlich wieder Zeit ist, in wahren Geist des Wortes Sozialdemokratie zu werden.

Der schlimmste Fehler der Unabhängigen in Groß-Berlin war ihre Verdrängung des Bezirks von der Demokratischen Arbeiterpartei. In erheblicher Anzahl wurden die Rechte, Anhänger, Unfähige auf wichtige Posten gesetzt. Man hat sich schließlich nicht getraut, Herrn Dr. Grotzmann vom Arbeiterpartei vorzuschlagen, man hat dem unglücklichen Volk Kowalewski geschickt, um bei einer Reihe von Bezirksbürgermeistern gewählt, von denen zu erwarten war, daß sie die Unabhängigen der Arbeiterpartei hätte. Wenn die Unabhängigen der Sozialdemokratie vorzuziehen, sie habe in der Demokratischen

U. V. der preussischen Verwaltung nicht genug getan, so haben sie wenig recht; man tut für seine Grundidee nie genug. Aber die Unabhängigen haben in Groß-Berlin für die Demokratische Arbeiterpartei nicht getan, und das ist viel schlimmer als ein unmäßig. Gerade in der Politik ist die Mäxime oft nicht mehr als das Ganze. Die verlogenen Redensarten von Arbeiterpartei und Reichstagspartei, mühen in Berlin auf trübsinnigen Boden, und klugere Politiker als die Unabhängigen haben es vorherzusehen.

Interessant ist es, daß fast alle Zeitungen den Wahlergebnis mit einem

Götlicher Parteivergleich
in Verbindung bringen. Die Arbeiterzeitung will in dem Ausgang der Wahl einen Erfolg der Arbeiterpartei erkennen. Sie vertritt aber, daß gerade die Berliner Arbeiterpartei auf das höchste gegen den Götlicher Vergleich Stellung genommen hat. Zweifellos ist diesmal die Deutsche Arbeiterzeitung das Richtige, die den Erfolg unter Partei gerade der Haltung der Berliner Organisation zuschreibt. Das ist ohne weiteres klar, weil unter Zuzugewinnung von links kommt, d. h. von einer Seite, die bisher nicht für ein Zusammengehen mit der Deutschen Arbeiterpartei ist.

Aber auch wir haben, wie die Z. A. schreibt, Schuld an der hiesigen politischen Entwicklung in Berlin. In diesem Sinne Reizungen und Verleumdungen — die Zahlen sind eindeutig. Am 20. Februar 1921 bei den Reichstagswahlen vereinigte die Sozialdemokratie in Groß-Berlin auf sich 411 600 Stimmen; Sonntag waren es nur noch 324 675, ein Rückgang von über 100 000 Stimmen. Von den Reichstagswahlen 1920 bis zu den Reichstagswahlen 1921 schmolz die U. V. P. von Tag zu Tag Lichtlich zusammen, und 100 000 ihrer Anhänger kehrten zur alten Fahne zurück. Die U. V. P., die zum Wahltag recht war, hat sich wieder geteilt, und sollte der Götlicher Vergleich je in die Tat umgesetzt werden, dann wird die Partei eine schwerere Krise durchzumachen haben als in der schlimmsten Krise der U. V. P. Die Niederlage der Berliner Sozialisten ist auch eine Niederlage der U. V. P. und der Arbeiterpartei der Sozialdemokratie.

Jetzt bekämpfend für die politische Einheit der bürgerlichen Wähler ist die gewaltige Zunahme der Deutschnationalen, die 100 000 Stimmen gewonnen haben, während die Demokraten nur um 6000 Stimmen zunahmen. Ganz hinfällig ist es dagegen, wenn die U. V. P. gegen 20 000 Stimmen erobert Berlin! da die Deutsche Arbeiterpartei sogar 20 000 Stimmen verloren hat.

Es geht auch nicht an, die Wahl nur von Berliner Gesichtspunkten aus zu betrachten, wie es verschiedene bürgerliche Blätter tun. Zweifellos haben inner- und außerpolitische Fragen entscheidend dabei mitgeholfen. Vor allem die oberflächliche Frage. Und es ist bezeichnend, daß dank der un-

glücklichen und kurzfristigen Entenpolitik die Deutschnationale Partei die Folgen ihrer innerpolitischen Krise (der Nord an Engelberg usw.) bereits ausgeglichen konnte.

Der Vorwärts schließt seinen Artikel mit der Mahnung an die Parteien, wieder aufzubauen, was die andere verlor haben. Das rote Berlin bürgerlich? Das soll ihnen nicht noch einmal gelingen.

Der Berliner Magistrat bleibt sozialistisch

Berlin, 18. Oktober (Kreuz). Der Berliner Magistrat bleibt sozialistisch in seiner Mehrheit, weil mit dem Bürgermeister Hütten jehn Sozialisten gewählt wurden. Den vier unbefeheten bürgerlichen Stadträten stehen acht unbefehete sozialistische Stadträte gegenüber. Es kann sich also bei diesen nur um eine geringe Verdrängung handeln.

Die Gültigkeitsfrage der Berliner Wahl

Berlin, 18. Oktober. In der Mitteilung, daß die der Verfassungskommission des Reichspräsidenten mit der Frage der Gültigkeit der Reichswahl, ein Grund davon die Stadtratspräsidenten vorgeschrieben worden sind, behauptet die Presse die Freiheit. Die Verordnungen zur Einleitung einer besonderen Verwaltung der Stadtgemeinde Berlin vom 19. Juni d. J., in der das Nähere über die Neuwahl zur Stadtratspräsidentenverwaltung bestimmt ist, ist dem Stadtrat weder vor ihrem Erlass, noch vor der Einbringung ins Reichstagsparlament zur Kenntnis gebracht worden. Der Vorsitzende des Stadtrats, Dr. Hütten, hat sich bei dem Reichspräsidenten, Dr. Hindenburg, in dieser Angelegenheit ein Statement gegen Artikel 11 der preussischen Verfassung abgegeben und erwidert Dr. Hindenburg als Vorsitzenden des Reichspräsidenten, die Angelegenheit in diesem Ausmaß zur Entscheidung zu bringen. Der Reichspräsident hat sich in drei Sitzungen mit dieser Frage beschäftigt und die Vertreter bürgerlicher Parteien bei der Abstimmung, daß die angeführte Verordnung wegen der Anwesenheit des Stadtratspräsidenten unzulässig ist, und daß deshalb aus der Verfassungsgesetz die auf Grund derselben vorgenommene Wahl zur Stadtratspräsidentenverwaltung für ungültig erklärt werden sollte. Die Anträge der Arbeiterpartei zum Antrag des Reichspräsidenten werden nur deshalb der Entscheidung des Reichspräsidenten vorbehalten, weil man in der gemeinsamen Versammlung der Reichspräsidenten nicht neue Entscheidungen treffen wollte. Die bürgerliche Mehrheit hat sich deshalb darauf die Entscheidung von Reichspräsidenten vorbehalten. Über die Frage wird das Plenum in seiner am 8. November beginnenden Sitzung mit Beschluß fassen. Die Arbeit betrifft die bürgerlichen Parteien werden sich nicht an die Entscheidung beteiligen wollen, für die Unabhängigen der Reichspräsidenten werden sich nicht beteiligen wollen, nachdem sie sich in der Verfassungskommission selbst gegenüber allen Fraktionen der Reichspräsidenten, die sich gegen jede unbedingte Zustimmung der Bestimmungen über den Stadtrat ausgesprochen hatten, unzulänglich gestellt hatten.

Vor der Aufteilung Oberschlesiens

Paris, 18. Oktober. Die Lösung der Verhältnisse, die für Montag nachmittag anberaumt worden war, hat nicht stattgefunden. Sie sollte einen Entschluß über die Besetzung der Grenzgebiete und die wirtschaftlichen Verhältnisse. Am Montag haben neuerlich ähnliche Verhandlungen stattgefunden. Am heutigen Dienstag wird der französische Vorschlag vorgelegt werden, und man kann annehmen, daß am Mittwoch sich die Verhältnisse, verstanden wird, um einen definitiven Beschluß zu fassen.

In Kreisen, in deren Mund sich das Wort frahe England! im Laufe der Zeit in ein „Welt ohne England!“ umgewandelt hatte, weil sie aus Nord-Georgien gelegentlichen Einsprüche gegen die Kontinentalpolitik Frankreichs den Schluß ziehen, Britannien habe sich aus wirtschaftlichen Gründen, mehr aber noch aus jäh erwachter berechtigter Empörung für den germanischen Völkern, ist innerhalb der Verbände die Schlangel Deutschlands aufgeworfen; in diesen Kreisen, die die gleiche gefühlvolle Politik, die sie selber treiben, auch bei anderen annehmen, geht ein ebenso scharfes wie verhängnisvolles Gerücht um. Dort stellt man die Grenzentscheidung über Oberschlesien hin als die englische Strafe für das Wiedererleben Britanniens.

Dazu schreibt die Volkszeitung:
Diesem ganzen Treiben und die Tatsache ein Ende machen, daß die Entscheidung über Oberschlesien über die ihnen im Augenblick ist. Damals hat Lord George der Ort und gemacht, eine Entscheidung über Oberschlesien im Sinne seiner früheren Entscheidungen durchzuführen. Dieser Versuch ist in dem Widerstand der Öffentlichkeit und das Ergebnis der Pariser Konferenzen, war die Entscheidung, daß jede Lösung der obersteuropäischen Frage von Frankreich abhewert werden könne. Die Verweigerung der Rückkehr zum Status quo vielfach in Deutschland als eine Niederlage Frankreichs aufgefaßt worden. In Wahrheit hat sich die Welt heraus, daß England diesem Anwesen zugestimmt hat, um die obersteuropäische Frage in irgendeiner Weise aus der Welt zu schaffen. England braucht freie Hand für die großen Entscheidungen und Verhandlungen über die Zukunft Afrikas, Indiens und Verhandlungen über die Zukunft Afrikas, Indiens und

die in westlichen Zusammenhängen hat das an die Grenze der bündelnden Interesse Englands an dem Zusammenbruch des obersteuropäischen Wirtschaftskongresses.

Unangebracht ist es auch, jetzt vom „alten England“ zu reden. England hatte der Rede von der obersteuropäischen Problematik an den Weltkongress teilgenommen, hatte ausdrücklich erklärt, daß es sich keiner Entscheidung unterwerfen würde. Nicht mehr! Und diesen Erklärungen ist es freigeblieben, Rechts oder — dumme — konnte man verstehen die deutschen Politiker und Journalisten nennen, die im Falle den Glauben zu erwecken suchten, England werde einer für unannehmlichen Entscheidung sein Wort entgegenbringen, ohne für diese Annahme eine andre Grundlage zu haben als ihre eigenen Wünsche.

Der Grenzstreit wird nicht nur von Deutschen, sondern, wenn auch aus entgegengelegten Gründen, auch von vielen Polen als Objekt der Unruhe betrachtet. Das kam in der Warschauer Presse der letzten Tage deutlich zum Ausdruck; selbst das sozialistische Blatt „Arbeiter (Der Arbeiter)“ nannte die Lösung des Industriegebietes eine katastrophale Maßnahme; als Ganzes hätte das Gebiet an Polen kommen müssen. Nun aber ist ein Handel eingetreten. In einer eigenen Drahtmeldung aus Polen wird uns mitgeteilt:

Warschau, 18. Oktober. Am Sonntagabend hat eine Besprechung zwischen dem Staatschef Pilsudski und dem polnischen Auswärtigen Ministerium über die obersteuropäische Frage stattgefunden. Die polnische Presse nimmt, offenbar von dort informiert, eine Schwankung in der bisherigen Politik gegenüber der Grenzentscheidung vor. Sie erhebt die ganze Frage als endgültig erledigt und richtet ihr Augenmerk auf das gemeinsame Wirtschaftsterritorium des geteilten Industriegebietes. Eine polnische Zeitung erhebt darin die Gefahr eines deutschen Vorkaufs. Andere Stimmen fordern, die Politik der Regierung müsse ruhig und best-